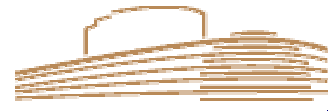


Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 49 - Plenarwoche 4. - 8. September 2006

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



EVP-ED

I. Allgemeine Informationen

1. Strukturfondsverordnung

Die insgesamt fünf Strukturfondsverordnungen für die Förderperiode 2007-2013 sind verabschiedet. Damit sind die Verwaltungsregeln festgelegt worden, nach denen die Mitgliedstaaten einzelstaatliche strategische Rahmenpläne sowie nationale und regionale operationelle Programme ausarbeiten können. Die eigentliche Auswahl der zu fördernden Projekte wird danach nicht in Brüssel sondern in den Mitgliedstaaten, in Deutschland überwiegend in den Bundesländern, entschieden.

Neu ist, dass künftig auch private Mittel als nationale Kofinanzierung eingesetzt werden können, sowie die Vorgabe, dass Betriebsverlagerungen innerhalb der EU künftig nicht mehr gefördert werden sollen. Ein Überblick über die Strukturfondsverordnung finden Sie unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/06/281&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Strategische Leitlinien

Die Kommission hat in strategischen Leitlinien die Grundsätze und Prioritäten der Kohäsionspolitik festgelegt. Diese Leitlinien (siehe Link) bilden nach der Allgemeinen Strukturfondsverordnung einen Orientierungsrahmen für den künftigen Einsatz des Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie den Kohäsionsfonds. In den Leitlinien werden als Schwerpunkte unter anderem Umweltinvestitionen genannt, (z.B. in sauberes Wasser), Abfall- und Abwasserbehandlungsanlagen oder Dekontamination von Böden zwecks Ansiedlung neuer Wirtschaftstätigkeiten, sowie die Förderung der Energieeffizienz und von alternativen und erneuerbaren Energiequellen. Das Europäische Parlament und der Ministerrat werden die Leitlinien Anfang Oktober verabschieden.

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/2007/osc/com_2006_0386_de.pdf

3. Nachhaltige Stadtentwicklung

Die EU fördert Maßnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung. In Hinblick darauf hat die Kommission die Mitteilung „Kohäsionspolitik und die Städte: Der Beitrag der Städte zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen“ (siehe Link) vorgelegt. In dieser werden ausdrücklich die Sanierung von Industriebrachen und öffentlichen Räumen zur Vermeidung von Baumaßnahmen auf der grünen Wiese, die Gestaltung der Innenstädte als attraktive Wohngegenden und die Erhaltung des historischen Erbes mit seinen positiven Effekten für den Fremdenverkehr erwähnt. Des Weiteren wird ein mittel- bis langfristiger Plan für eine nachhaltige städtische Entwicklung angesprochen, der die Beteiligung des Privatsektors an der Stadtentwicklung einbeziehen soll.

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006_0385de01.pdf

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Besteuerung von PKW auf der Basis des CO₂- Ausstoßes

Die Anwendung von 25 verschiedenen Systemen zur Besteuerung von Personenkraftwagen in der EU hat zu steuerlichen Hindernissen in Form von Doppelbesteuerung, grenzüberschreitender Verbringung von Fahrzeugen aus steuerlichen Gründen, Verzerrungen und Ineffizienzen geführt, die das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes beeinträchtigen. Das EP befürwortet daher eine neue Richtlinie, die die Berechnung von PKW-Steuern auf der Grundlage des CO₂-Ausstoßes und die Abschaffung von nationalen Zulassungssteuern nach einen Übergangszeitraum von fünf bis zehn Jahren vorsieht. In die Bemessungsgrundlagen sowohl der Zulassungs- als auch der jährlichen Kraftfahrzeugsteuern soll eine Schadstoffemissions- und Kraftstoffeffizienz-Komponente einbezogen werden. Ab 31.12.2010 soll sich dann die Kfz-Steuer zur Hälfte am Schadstoffausstoß orientieren.

Ziele sind die Reduzierung von Treibhausgasen, eine EU-weite Grundlage für die Besteuerung von Personenkraftwagen einzuführen und Nachhaltigkeit zu fördern. Es gilt jedoch als unwahrscheinlich, dass der Ministerrat den Vorschlag in dieser Form akzeptiert, da die Mitgliedstaaten sich die Steuerhoheit bewahren wollen.

2. Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen

Das EP hat heute mit großer Mehrheit den Bericht zu dem neuen EU-Programm "zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen und zum Schutz von Opfern und gefährdeten Gruppen (Daphne III)" angenommen. Von 2007 bis 2013 sollen 125 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Die EU-Kommission hatte ursprünglich vorgeschlagen, ein gemeinsames Programm zur Bekämpfung von Gewalt sowie Drogenprävention und -aufklärung aufzulegen. Das EP widersetzte sich diesem Anliegen, da die Probleme zwei getrennte spezifische Programme erfordern. Die EU-Kommission hat die Aufteilung in zwei Programme daraufhin akzeptiert.

3. Europäisches Sozialmodell für die Zukunft

In einem mit großer Mehrheit angenommenen Initiativbericht stellten die Abgeordneten das Konzept des Europäischen Sozialmodells dar, das gemeinsame Werte reflektiert, die in den Mitgliedstaaten auf unterschiedlichste Weise umgesetzt werden sollen. Sie unterstützten das Modell grundsätzlich und unterstrichen die Notwendigkeit für Reformen. Weiterhin führten sie an, was in Zukunft zu tun ist, um das Modell zu bewahren. Dies ist die Schaffung eines stärkeren wirtschaftlichen und sozialen Rahmens, der die Mitgliedstaaten auffordert, notwendige Reformen auf nationaler Ebene gemäß ihren eigenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen umzusetzen.

III. Weitere Themen waren

- Sonderprogramm für Ölbeseitigung auf See
- EU-Strategie zur Förderung der psychischen Gesundheit
- Senkung der durch Rechtsvorschriften bedingten Verwaltungskosten auf ein Minimum
- Steuerbefreiung bei der Einfuhr von Waren in Kleinsendungen nichtkommerzieller Art
- Vereinfachung und Verbesserung der Gemeinsamen Fischereipolitik
- Schutz personenbezogener Daten

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.ep.ec/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de&redirection>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>
